

Bänke Minna-Lachs-Park

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21. März 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 42) im Zusammenwirken mit der Miteinander leben, lernen, gestalten Kommission zu ersuchen, zusätzliche Bänke im nördlichen Teil des Minna-Lachs-Parks aufzustellen.

Begründung

In diesem Bereich fehlen Bänke (siehe Foto), zusätzliche Sitzgelegenheiten würden zur Attraktivierung der Parkanlage beitragen.



Marcel Flitter

Veronika Zimmermann

Antrag wurde von den Neos mitunterstützt und einstimmig der Miteinander leben, lernen, gestalten Kommission zugewiesen

Attraktivierung Brückengasse 7, 9 und 11

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21. März 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 28, MA 42, MA 48) im Zusammenwirken mit der Miteinander leben, lernen, gestalten Kommission zu ersuchen, die öffentliche Fläche vor Brückengasse Ordnungsnummer 7, 9 und 11 attraktiver zu gestalten.

Begründung

Anrainerinnen und Anrainer haben Probleme im Bereich zwischen den Häusern und der Pfarrkirche rückgemeldet, insbesondere Abfall bzw. Fäkalien. Im Rahmen der Kommission sollen Verbesserungsvorschläge besprochen werden.

Veronika Zimmermann

Antrag wurde von den Neos mitunterstützt und einstimmig der Miteinander leben, lernen, gestalten Kommission zugewiesen

Citybus Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21. März 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, die Wiener Linien mit der Ausarbeitung eines Citybuskonzepts zu beauftragen, das den stadteinwärts gelegenen Teil Mariahilfs (Mariahilfer Straße) mit dem ersten Bezirk verbindet.

Begründung

Die ehemalige Buslinie 2B wurde im Jahr 2014 - nach Änderung und Teilung in 2A und 2B im Jahr 2013 - seitens der Wiener Linien aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Seitdem besteht der Wunsch der Mariahilfer Bevölkerung - insbesondere der älteren Generation - diese Linie wieder einzuführen, da es aktuell aus dem 1. Bezirk keine Möglichkeit gibt, den unteren Bereich der Mariahilfer Straße mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

Trotz der jahrelangen Sperre der U2 zwischen Schottengasse und Karlsplatz wurden einstimmig beschlossene Anträge des Mariahilfer Bezirksparlaments in dieser Legislaturperiode seitens der Stadt Wien bzw. der Wiener Linien regelmäßig abschlägig beschieden. Durch die Einstellung der Arbeiten am Kaufhausprojekt Lamarr in unmittelbarer Nähe des 6. Bezirks (Mariahilfer Straße 12-18) sowie die ungewisse Zukunft über die Weiterführung gibt es nun auch wirtschaftliche Argumente, die für eine Wiedereinführung sprechen. Ein zusätzliches öffentliches Angebot käme nicht nur den Anrainerinnen und Anrainern entgegen, sondern würde auch die Wirtschaft im stadteinwärts gelegenen Teil der Mariahilfer Straße sowie in den angrenzenden Grätzeln beleben.

Gerhard Hammerer

Karl K. Gödde

Antrag wurde von allen Fraktionen mitunterstützt und einstimmig angenommen

Grünfläche Sandwirtgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21. März 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 42, 46) im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, zu prüfen, welche Begrünungsmaßnahmen auf dem Gehsteig im Kreuzungsbereich Sandwirtgasse / Marchettigasse möglich sind.

Begründung

Gerade im dichtverbauten Stadtgebiet ist es in Zeiten des Klimawandels wichtig, jede Möglichkeit einer Begrünung zu nutzen, um der steigenden Stadterwärmung entgegenzuwirken und die Luftqualität zu verbessern. Insbesondere auf der Gehsteigvorziehung (siehe Abbildung) sollen daher Begrünungsmaßnahmen geprüft werden.



Maria Blazej

Antrag wurde einstimmig der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zugewiesen

Johanna-Prangl-Stiftung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21. März 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bezirksvorsteher Markus Rumelhart im Zusammenwirken mit der Frauen-, Gesundheits- und Sozialkommission zu ersuchen, einen Arbeitskreis zur Johanna-Prangl-Stiftung einzusetzen.

Begründung

Der Antrag wurde in der letzten Sitzung der Kommission am 15. Februar 2024 ventiliert. Aufgrund der neuen gesetzlichen Vorgaben sind noch viele Fragen offen, insbesondere wie seitens des Bezirks weiterhin Einzelfälle bzw. Härtefälle aus der Stiftung heraus gefördert werden können.

Marcel Flitter

Antrag wurde vor der Sitzung als erledigt zurückgezogen

Sicherheitsdienst Wiener Linien U6 Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21. März 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einsetzen, dass ein permanenter Sicherheitsdienst in der U6-Station Gumpendorfer Straße eingerichtet wird.

Begründung

Laut einer Anfragebeantwortung an die ÖVP Mariahilf vom Dezember 2023 waren die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes im ersten Halbjahr 2023 zwischen 10 und 50 Stunden pro Monat in der U6-Station Gumpendorfer Straße im Einsatz. Diese Einsatzzeiten stehen leider in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Station im unmittelbaren Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer sowie zu den dort auftretenden Problemen. Sowohl aus Anrainersicht als auch aus Sicht der Öffi-Benutzer würde ein permanenter Sicherheitsdienst – zumindest an Werktagen – das subjektive Sicherheitsgefühl deutlich verbessern.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde mehrheitlich angenommen (einzelne Mandatäre der Grünen dagegen)